

Erbe, Rainer

Article — Digitized Version

Schuldenabbau mittels IWF und Weltbank?

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Erbe, Rainer (1989) : Schuldenabbau mittels IWF und Weltbank?,
Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 69, Iss. 6, pp. 266-267

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/136521>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Schuldenabbau mittels IWF und Weltbank?



Rainer Erbe

Anfang Juni trafen sich in Bern die Finanzminister und Notenbankgouverneure der Zehnergruppe zu einer Sondersitzung, um die auf der Frühjahrstagung des Interimsausschusses von IWF und Weltbank propagierte neue US-Initiative zur Bewältigung der internationalen Schuldenprobleme zu bestätigen und die Aufgaben der Bretton-Woods-Institutionen in diesem Zusammenhang zu konkretisieren. Man kann es als bezeichnend ansehen, daß zu dem Treffen zwar der US-Finanzminister anreiste, die meisten anderen Staaten jedoch nur ihre zweite Garnitur nach Bern entsandten. Der frühere Wallstreet-Banker und heutige US-Finanzminister Brady widmet, ebenso wie schon sein Vorgänger Baker, der internationalen Verschuldungskrise aus der spezifischen US-Interessenlage heraus weit mehr Aufmerksamkeit als viele seiner Amtskollegen. Er war es auch, der mit einigen von der Finanzwelt zäh verteidigten Fiktionen aufgeräumt hat. Geschäftsgrundlage des internationalen Schuldenmanagements ist nunmehr das klare Eingeständnis, daß kräftige Schuldennachlässe in Zukunft unabweichlich sind.

So wenig dieses verspätete Abrücken von einem unhaltbar gewordenen Zweckoptimismus Lob verdient, so sehr erscheint eine Reihe neuer und alter Illusionen und Widersprüche, die an die Brady-Initiative gekoppelt sind, alarmierend. Das gilt in erster Linie im Hinblick auf die Rollen, die IWF und Weltbank im Gefolge des Brady-Plans zudedacht werden. In Bern wurde dazu von den Vertretern der Zehnergruppe zwar erneut unterstrichen, daß diese Institutionen nicht an die Stelle der bisherigen Gläubiger treten sollen. Gleichzeitig wurde jedoch die Position von IWF und Weltbank gebilligt, die in Zukunft ein Viertel ihrer Anpassungskredite für Schuldenreduzierung via Schuldenrückkauf auf den Sekundärmärkten zur Verfügung stellen wollen. Hinzu kommen sollen weitere Mittel zur Senkung der Schuldendienstverpflichtungen.

Angesichts dieser neuen Aufgaben konzedierte die Vertreter der G-10 in Bern denn auch, daß die Ausstattung des Fonds mit eigenen Mitteln noch 1989 neu überdacht werden müsse. Der Geschäftsführende Direktor des Fonds, Michel Camdessus, präziserte diese Aussage kurz darauf vor führenden Gläubigerbanken in Madrid: Er hält eine Mittelaufstockung um 50% für unabweisbar. Die Weltbank hat ihre Aktionäre (d.h. die Steuerzahler in den Industriestaaten) dagegen vorsorglich schon 1988 mit der größten Kapitalerhöhung in der Geschichte der Bank zur Kasse gebeten: das genehmigte Grundkapital wurde um mehr als 80% auf 171,4 Mrd. US-S aufgestockt.

Die geplanten neuen Aktivitäten der Bretton-Woods-Institutionen lassen einen hehren Grundsatz des bisherigen internationalen Schuldenmanagements endgültig zu Makulatur werden: die Maxime, daß für die Fehler der Vergangenheit die dafür Verantwortlichen (d.h. Schuldner und Geschäftsbanken) selbst geradestehen müssen. Freilich war diese Doktrin auch in der „Baker-Ära“ weitgehend nur noch ein Lippenbekenntnis: Schließlich hat schon in den letzten vier Jahren das Engagement der privaten Gläubiger in den Problemstaaten per saldo abgenommen, während der Forderungsbestand von IWF und Weltbank kräftig expandierte. Nutznießer dieses Substitutionsprozesses waren die privaten Gläubiger,

potentielle Verlierer die Finanziere der multinationalen Finanzorganisationen. Die Lage der Schuldnerstaaten blieb unverändert.

Auch im Vordergrund der Diskussion um die Brady-Initiative steht bislang die Frage, was sie bewirken kann und wem sie gegebenenfalls nutzen wird. Der Abschluß der gegenwärtig laufenden Verhandlungen mit Mexiko, das zum „Testfall“ für die neue Schuldenstrategie hochstilisiert wurde, könnte hier erste Aufschlüsse bringen. Manches spricht jedoch schon heute dafür, daß auch die Brady-Initiative und die dafür vorgesehenen Ressourcen der Weltbank und des IWF nicht unbedingt den Schuldnerländern zugute kommen müssen. So zogen nach Bekanntwerden des Brady-Plans auf den Sekundärmärkten für lateinamerikanische Schuldtitel die „Notierungen“ um durchschnittlich rund 30% an – was die vorgesehene Schuldenreduzierung durch Schuldentrückkauf für die Kreditnehmer natürlich entsprechend verteuert.

Brisanter als dieses Problem könnte auf mittlere Sicht aber ein anderer Punkt werden: mit der Brady-Initiative wird auch die Frage nach der Zukunft von IWF und Weltbank drängender. Tatsächlich befinden sich beide Institutionen seit geraumer Zeit in einer latenten Legitimationskrise. Das gilt insbesondere für den IWF, dem zahlreiche Beobachter nach dem Zusammenbruch des Festkurssystems von Bretton Woods 1973 ein Absinken in die Bedeutungslosigkeit prognostizierten.

Es kam anders: Die internationale Schuldenkrise erwies sich für den Fonds als willkommene Chance, seine internationale Stellung beträchtlich zu stärken. Lange Zeit galt als unumstritten, daß nur der IWF in der Lage sei, Problemländer durch mit Auflagen verknüpfte Kreditprogramme zu wirkungsvollen Anpassungsmaßnahmen zu veranlassen sowie als Koordinator und Katalysator das nötige „fresh money“ zu mobilisieren, das die Hauptschuldnerstaaten zur wirtschaftlichen Gesundung benötigten. Das Katalysator-Argument hat sich angesichts der hartnäckigen Weigerung der Geschäftsbanken, ihrem schlechten Geld noch gutes hinterherzuwerfen, als Illusion erwiesen. Am Auflagen-Argument wird dagegen auch im Rahmen der Brady-Initiative zäh festgehalten. Dabei ist es kaum weniger fragwürdig: Wenn – wie auch auf der G-10-Sitzung in Bern – die hohe Bedeutung strikter Konditionalität immer wieder betont wird, heißt dies doch nichts anderes, als daß den Kreditnehmern nach wie vor der Wille und/oder die Fähigkeit abgesprochen wird, die notwendigen Gesundungsmaßnahmen aus freien Stücken einzuleiten und auf Dauer durchzuhalten. Dies ist in vielen Fällen sicherlich eine realistische Diagnose. Nur wird derartig maroden Patienten auch nicht durch sanften Druck von außen auf die Beine zu helfen sein.

Ähnlichen Legitimationsproblemen wie der Fonds sieht sich auch die Weltbank gegenüber – zum einen, weil die traditionelle Arbeitsteilung beider Institutionen zunehmend schwindet. Zum anderen wurde ihr klassischer Geschäftsbereich, die Vergabe projektbezogener, langfristiger Kredite, um so fragwürdiger, je deutlicher sich zeigte, daß die Probleme der meisten Kreditnehmer ihre primäre Ursache wohl kaum im Kapitalmangel haben.

Angesichts dieser Situation ist die Eifertigkeit, mit der beide Institutionen sich zum Vorreiter der Brady-Initiative machten, verständlich. Sie entspricht dem Bestreben jeder Bürokratie, in einer sich wandelnden Welt durch Übernahme neuer Aufgaben und Erschließung neuer Ressourcen ihren Bestand zu sichern und ihren Einfluß zu mehren. Gerade dieses Verhalten wird die Legitimationsschwierigkeiten von IWF und Weltbank aber weiter wachsen lassen. Anteilseigner und Öffentlichkeit werden sie mit der naheliegenden Frage konfrontieren, ob ihre Rolle beim vorgesehenen Schuldenabbau überhaupt zu rechtfertigen ist. (Partielle) Forderungsverzichte von Gläubigern sind schließlich nichts Neues, und bislang fehlt eine stichhaltige Begründung, weshalb eine solch simple Prozedur die Mitwirkung oder gar den Kapitaleinsatz multilateraler Finanzinstitute erfordern würde.

Die Steuerzahler in den westlichen Industrienationen sollten jedenfalls darauf drängen, daß ihre Vertreter auf dem nächsten G-10-Treffen sich weniger damit befassen, wie Weltbank und IWF an einer Schuldenreduzierung beteiligt werden können, sondern mehr auf der Frage des „Warum“ insistieren. Sonst könnte aus den bereits in der Vergangenheit sehr wandlungsfähigen Instituten durch eine erneute Metamorphose doch noch das werden, wovon Geschäftsbanker schon seit langem träumen: eine multilaterale Schuldenagentur, die den privaten Kreditgebern ihre faulen Kredite abkauft.